

Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

WIR MACHEN TEMPO FÜR DIE MODERNISIERUNG UNSERES LANDES

Von Kaweh Mansoori, MdB

Ein turbulentes Jahr liegt hinter uns. Die Corona-Pandemie, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Energiekrise und Inflation haben unserer Gesellschaft und uns als Regierungspartei einiges abverlangt. Gemeinsam sind wir gut durch diese schwere Zeit gekommen. Wir haben gemeinsam Antworten auf die drängenden Probleme gefunden und haben den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und Europas weiter fest im Blick.

Es geht Schritt für Schritt voran: Von der Erhöhung des Mindestlohns, über die Einführung des Bürgergelds, die BAföG-Reform bis hin zur Erhöhung des Wohngelds für deutlich mehr Menschen: Wir haben große Reformen umgesetzt, die das Leben der Menschen konkret besser machen. Reformen, die Chancen verbessern und Teilhabe schaffen.

Deutschland gilt nicht als ein schnelles Land. Spätestens die Energiekrise im letzten Jahr führte uns aber vor Augen, dass wir an Tempo gewinnen müssen, um unser Land zukunftsfähig zu machen. Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien oder die Installation der LNG-Terminals zeigen: Wenn ein Wille da ist, können wir große Projekte schaffen. Doch das war erst der Anfang. Wir wollen Tempo nicht nur bei Leuchttürmen, sondern als Regel für wichtige Infrastrukturvorhaben, die unser Land voranbringen. Denn wie gut wir leben, hängt insbesondere von Investitionen ab. Eine moderne Infrastruktur, neue Technologien, lebenswerte Städte und Kommunen und eine bürgernahe Verwaltung sind die Grundpfeiler für unseren Wohlstand. So sichern wir eine lebenswerte Zukunft für alle.

Wie soll das gelingen?

Damit die Modernisierung Deutschlands gelingt, müssen wir ein paar einfache Regeln beherzigen: Schluss mit

schlanker Staat. Qualifiziertes Personal und Digitalisierung sind ein konkreter Beitrag gegen sich türmende Aktenberge in Verwaltung und Gerichten. Wir müssen praktikable und leicht umsetzbare Gesetze machen, die einfach verständlich sind und wenig Raum für Streit schaffen. Verwaltungsverfahren müssen entschlackt werden. Die gleichen Fragen immer und immer wieder zu prüfen, darf bestenfalls die Ausnahme sein. Und am Ende müssen wir uns trauen, Projekte auch dann umsetzen zu lassen, wenn noch nicht alle Fragen geklärt sind. Das stand im Mittelpunkt der Klausuren unseres Parteivorstandes und der SPD-Bundestagsfraktion im Januar. Als zuständiger Berichterstatter unserer SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Planungsbeschleunigung durfte auch ich an den Papieren mitarbeiten. Meine Position ist eindeutig: Es kann nicht sein, dass sich der Bau von Wohnungen, von Windenergieanlagen oder Stromnetzen über Jahre zieht. Planung, Genehmigung und Umsetzung müssen unter den Bedingungen des demokratischen Rechtsstaats schneller gelingen. Kein Industrieland der Welt kann es sich leisten, wenn Menschen 40 Jahre auf die Inbetriebnahme einer Schienenstrecke warten.

Beschleunigung ist dabei kein Selbstzweck. Die Menschen haben einen Anspruch, dass bezahlbare Wohnungen entstehen, dass neue Technologien nicht an der Bürokratie scheitern, dass Brücken funktionieren und sie im Zug ohne Funklöcher telefonieren können. Das geht nur, wenn wir künftig das neue Deutschland-Tempo an den Tag legen. Wir machen alles schnell. Was für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zentral ist, machen wir besonders schnell: Angefangen beim Ausbau für Erneuerbare Energien, Netzen für Strom, Daten und Wasser-



FOTO: KAWEH MANSOORI

Kaweh Mansoori, MdB
Vorsitzender
SPD-Bezirk Hessen-Süd

stoff.

Lasst uns einen neuen Pragmatismus wagen. Lasst uns gründlich sein, ohne es zu genau zu nehmen. Bei neuen Gesetzen müssen wir Vorschriften standardisieren und vereinheitlichen, wo es geht. Ob ein Windkraftwerk eine Gefahr für den Rotmilan darstellt, kann künftig jeder Verwaltungsbeamte im Gesetz nachschlagen, ganz ohne Gutachtenschlacht. Solche Standards ermöglichen schnelle und rechtssichere Entscheidungen. Dabei geht es nicht darum, den Umwelt- oder Tierschutz zu schleifen, sondern im Gegenteil ausgeglichene Lösungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen zu finden.

Warum soll diese Art von Pragmatismus nicht in anderen Bereichen gelingen, etwa im Bereich von Baugenehmigungen mit bundesweit gültigen Typengenehmigungen für einheitliche Baumodule? Diese Art des Bauens kann individuell sein und trotzdem massiv Kosten und Zeit sparen. Im Bund wollen wir das vorantreiben. So machen wir Tempo bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Wie kann Hessen zu mehr Tempo beitragen?

Jahrelang bremsten CDU und Grüne in Hessen den Ausbau der Windenergie. Hessen ist Schlusslicht bei der Genehmigungspraxis und braucht für ein einfaches Windrad im Schnitt 38 Monate. Al-Wazir und Rhein verschlafen die Zukunft. Aus Berlin machen wir ihnen jetzt Tempo. Aber damit der Durchbruch gelingt, braucht es eine bessere Regierung in Hessen, die die Modernisierung des Landes zur Chef- beziehungsweise Chefinnensache macht.

Wir brauchen Reformen, um die Ausweisung von Bauflächen oder die Genehmigung von Bauwerken auf diesen Flächen zu beschleunigen. Wir brauchen Reformen, damit Planfeststellungen für



Fortsetzung von Seite I

WIR MACHEN TEMPO FÜR DIE MODERNISIERUNG UNSERES LANDES

neue Verkehrswege in Jahren statt Jahrzehnten kommen. Wir brauchen Reformen, damit moderne Industrieanlagen schnell an den Start gehen und Energie einsparen. Wir brauchen Reformen, damit Leitungen verlegt und Hessens Züge, Busse, Autos flächendeckend mit Strom und Wasserstoff versorgt werden. Damit Wohnungen gebaut werden. Damit Unternehmen sich ansiedeln. Damit Arbeitsplätze entstehen. Damit Hessen treibhausgasneutral wird.

Die besten Verfahren, Gesetze und Institutionen bringen uns nichts, wenn wir nicht genug Personal für die Umsetzung haben. Deshalb braucht es eine Personaloffensive für die öffentliche Verwaltung und Justiz und Wertschätzung gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir räumen mit dem Gerücht auf, dass ein schlanker Staat alles löse. Im Gegenteil – wir brauchen einen starken, handlungsfähigen Staat. Denn nur dieser ermöglicht Fortschritt.

Für all die genannten Maßnahmen braucht es Mut, neue Wege zu gehen. Wir wollen nicht alles anders, aber vieles besser machen. Lasst uns Fenster und Türen im verstaubten Hessen öffnen, damit frischer Wind hinein weht. Für private und öffentliche Investitionen in eine gute Zukunft. Schauen wir nicht ängstlich auf Veränderung, sondern gestalten sie. Im Bund und nach der Landtagswahl am 8. Oktober 2023 auch in Hessen.

FORTSCHRITT IM WANDEL

Bilanz des Jahres 2022

Im Dezember 2021 unterzeichneten SPD, Grüne und FDP den Koalitionsvertrag. Der Titel: „Mehr Fortschritt wagen.“ Die SPD in Hessen-Süd zieht eine positive Bilanz des ersten Regierungsjahres.

Die SPD ist mit dem Versprechen angetreten, soziale Politik durchzusetzen und damit den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und der Einführung des Bürgergeldes ab Januar 2023 hat die Ampel-Regierung unter

Bundeskanzler Olaf Scholz bereits wichtige sozialdemokratische Kernanliegen umgesetzt.

Das erste Jahr der Ampel-Regierung war geprägt durch die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Menschen in der Ukraine. Krieg, Preise, Energie, Klima, Gesundheit: Noch nie stand unser Land vor so vielen Krisen wie heute und noch nie musste eine Bundesregierung in ihrem ersten Amtsjahr solche Herausforderungen anpacken. Mit milliardenschweren Entlastungs-

maßnahmen, der Erhöhung des Kindergeldes und Kinderzuschlages und dem Wohngeld plus verschafft die SPD-geführte Bundesregierung denjenigen Luft, die wenig Einkommen haben und von steigenden Preisen besonders betroffen sind. Die sozialdemokratische Handschrift ist klar erkennbar. Die SPD setzt soziale Politik in der Krise durch und sorgt mit der Abschöpfung von Zufallsgewinnen dafür, dass die Krisenprofiteure ihren solidarischen Beitrag leisten.

BILANZ 2022 - FORTSCHRITT IM WANDEL

- » Mindestlohn auf 12 Euro erhöht
- » Kleine Einkommen entlastet
- » Neues Bürgergeld eingeführt
- » Informationsverbot für Abtreibung abgeschafft, §219a StGB ist weg
- » Sicherheitspolitik angepasst

Weitere Informationen unter www.spd.de/lp-deutschland-packt-das/

BILANZ 2022 - FORTSCHRITT IM WANDEL

- » Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt
- » Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld erhöht
- » 95 Milliarden Euro für Entlastungen, 200 Milliarden für Energiepreislösung
- » Energieversorgung gesichert, Gasspeicher gefüllt

Eine Politik, die die Krise im Griff hat, den Zusammenhalt stärkt und uns fit für die Zukunft macht. Das ist soziale Politik für Dich.

HESSEN-SÜD
SPD Soziale Politik für Dich.



HESSEN-SÜD
SPD Soziale Politik für Dich.



WIR TRAUERN

Hubert Aumüller

* 26. Oktober 1927
† 19. Dezember 2022

Hubert Aumüller wurde 1952 zum Bürgermeister von Villmar gewählt. Nach der hessischen Gebietsreform, bei der fünf ehemals selbstständige Orte zur Gemeinde Villmar zusammengeschlossen wurden, wurde er zum Bürgermeister der neuen Großgemeinde gewählt. 1988 trat er nach 36 Jahren im Amt in den Ruhestand ein. Hubert Aumüller war bei seinem Amtsantritt der jüngste Bürgermeister Hessens und ging als dienstältester Bürgermeister in Pension.

Hubert war 77 Jahre lang Mitglied der SPD. Er setzte sich zeit seines Lebens für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Hubert war ein überzeugter Sozialdemokrat und engagierter Kommunalpolitiker.

Wir trauern um einen geachteten Sozialdemokraten, der stets mit außergewöhnlichem Engagement in Erscheinung trat.

Wir werden uns in Dankbarkeit an ihn erinnern. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

DIE WELTVERBESSERIN

SPD feiert Heidemarie Wieczorek-Zeul

Mit zahlreichen Gästen, darunter die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken, MdB, der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd Kaweh Mansoori, MdB, der Wiesbadener Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende sowie der ehemalige hessische Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, feierte die SPD Wiesbaden den 80. Geburtstag von Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Die Vorsitzende der Wiesbadener SPD, Dr. Patricia Eck, sowie die Gastredner:innen würdigten das vielseitige und langjährige Engagement der Jubilarin und blickten in ihren Beiträgen auch auf aktuelle politische Herausforderungen.

Heidemarie Wieczorek-Zeul erkannte die strategische Bedeutung der Entwicklungspolitik und die Notwendigkeit einer Weltinnenpolitik, veränderte sie nachhaltig und etablierte so eine Entwicklungspolitik auf Augen-

höhe. Esken bemerkte, Wieczorek-Zeul habe eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik etabliert, bevor es dafür einen Namen gab. Mende betonte ihre klare Stimme gegen Wettrüsten und für das Atomwaffenverbot – aber auch ihr Engagement für Wiesbaden, etwa beim Kampf um den Erhalt des BKA-Standorts Wiesbaden.

Mansoori zeigte auf, wie prägend ihr Wirken auf Bundes- wie auch Landesebene immer noch ist. Die SPD Hessen-Süd, die sie in den 90er Jahren anführte, sei immer noch die Partei von Wieczorek-Zeul.

Schäfer-Gümbel würdigte die Jubilarin für ihre Verdienste und ihren Einsatz für den Frieden. Die Strukturpolitik, die sie in ihrer Amtszeit angelegt hat, sei so aktuell wie nie.

Die Jubilarin selbst ist auch an diesem Abend eine Mahnerin für den Frieden und schloss ihre Dankesrede mit den Worten: „Wir müssen alles tun,



FOTO: LUKAS SCHNABEL

Die Jubilarin Heidemarie Wieczorek-Zeul mit der SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken, MdB

dass die Ukraine in ihrer staatlichen Integrität erhalten bleibt und Russland in seiner Aggression Einhalt geboten wird.“

**WIR
GRATULIEREN**

Mehr als 200 Genossinnen und Genossen feierten in Hessen-Süd im Dezember und Januar 60, 65, 70 und 75 Jahre Parteimitgliedschaft. Wir gratulieren allen Jubilarinnen und Jubilaren auf das Allerherzlichste. Habt vielen Dank für die langjährige Treue zur SPD!

Stellvertretend für die Vielen möchten wir die 75-jährigen Mitgliedschaften hervorheben:
Helmut Gerbig, Inge Hoffmann, Otto Horch, Werner Müller, Kurt Reber und Rudi Schmitt.

„ICH WÜRDHE HEUTE WIEDER IN DIE SPD EINTRETEN!“

Rudi Schmitt wird mit der Willy-Brandt-Medaille geehrt

Die SPD Wiesbaden, der Ortsverein Sonnenberg sowie die AG 60 plus luden im November 2022 ein, um den ehemaligen Wiesbadener Oberbürgermeister Rudi Schmitt für 75 Jahre Parteizugehörigkeit zu ehren. Angesichts seines außerordentlichen politischen Engagements in und für Wiesbaden zeichnete die SPD Wiesbaden ihn mit der Willy-Brandt-Medaille aus; der höchsten Ehrung, die ein SPD-Parteimitglied erhalten kann.

Als junger Mann tritt Rudi Schmitt 1947 in die SPD ein und wird 1954 mit nur 26 Jahren das damals jüngste Mitglied im Hessischen Landtag. „Da das Passiv-Wahlalter damals bei 25 Jahren begann, war ich mit meinen 26 Jahren ein Kuriosum innerhalb der SPD-Fraktion, die zum Großteil aus Bürgermeistern und Landräten bestand,“ erzählte Rudi Schmitt. 1960 erteilte ihn der Ruf aus Wiesbaden: zunächst als Dezernent für Schule und Sport; ab 1966 auch für den Bereich Kultur. 1968 wird Rudi Schmitt schließlich als Nachfolger von Georg Buch zum Wiesbadener Oberbürgermeister gewählt.

Von 1980 bis 1987 ist Rudi Schmitt Mitglied des deutschen Bundestages.

Stadtentwicklung, Nahverkehr, Wohnungsbau, Gewerbeansiedlung, Energieversorgung und vor allem die städtepartnerschaftlichen Beziehungen lagen und liegen dem Jubilar dabei am Herzen:

„Wiesbaden profitiert noch heute von den politischen Errungenschaften, die Rudi Schmitt als Oberbürgermeister umgesetzt hat“, so Dr. Patricia Eck, Vorsitzende der SPD Wiesbaden. „Er hat Wiesbaden durch sein politisches Wirken sozialer und nachhaltiger gemacht. Wir freuen uns, Rudi Schmitt für sein politisches Wirken deshalb heute die Willy-Brandt-Medaille überreichen zu dürfen.“

„Ob als Schul-, Kultur- und Sportdezernent, als Oberbürgermeister oder als Abgeordneter des Hessischen Landtags bzw. des Deutschen Bundestags,“ so Doris Leitz, Vorsitzende der AG60plus, „Rudi hatte für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt stets ein offenes Ohr und suchte den Dialog mit ihnen.“

„Ich orientiere mich auch heute noch

nach den Grundwerten des Godesberger Programms der SPD,“ beendete Schmitt seinen Vortrag über einige Etappen seines politischen Lebens. „In der SPD sammeln sich Menschen, die sich für eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht und frei von Krieg und Unterdrückung einsetzen. Ich würde heute wieder in die SPD eintreten.“



Rudi Schmitt sitzend dahinter v.l. Dr. Hendrik Schmehl, SPD-Fraktionsvorsitzender Wiesbaden, Alexander Hoffmann, Stellv. Vorsitzender SPD Wiesbaden, Dr. Patricia Eck, Vorsitzende SPD Wiesbaden, Doris Leitz, Vorsitzende AG 60plus Wiesbaden

FOTO: SPD WIESBADEN

WIR GRATULIEREN

Wir gratulieren unseren Geburtstagskindern im Dezember und Januar:

Karl Heinz Stindl
aus Offenbach
zum 99. Geburtstag,

Anneliese Bach
Wiesbaden
zum 98. Geburtstag,

Max Haika
Romrod
zum 98. Geburtstag,

Lydia Stapf
aus Gorxheimertal
zum 97. Geburtstag,

Gertrud Steiper
aus Ortenberg
zum 97. Geburtstag,

Christa Bassermann
aus Neuberg
zum 96. Geburtstag,

Prof. Dr. Rudolf A.Bräuer
Wiesbaden
zum 96. Geburtstag,

Hans Buchholz
aus Florstadt
zum 96. Geburtstag,

Rudolf Dorner
aus Schlüchtern
zum 96. Geburtstag,

Grete von Loesch
aus Frankfurt
zum 96. Geburtstag,

Leonhardt Maniura
aus Wiesbaden
zum 96. Geburtstag,

Kommende Veranstaltungen des SPD-Bezirks Hessen-Süd

„Wie weiter mit der Europäischen Verteidigungspolitik?“

Montag, 6. Februar 2023
ab 18:30 Uhr
SPD-Parteihaus Frankfurt
Fischerfeldstraße 7-11
60311 Frankfurt

Das Forum Eine Welt, der Europausschuss und die Jusos Hessen-Süd laden ein zu einer Diskussionsveranstaltung mit **Dr. Dirk Peters**, Leibniz-Institut Hess. Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

Der Krieg gegen die Ukraine hat in aller Schärfe die Frage nach der Zukunft der Gemeinsamen Europäischen Verteidigung aufgerufen. Seit Jahrzehnten sind nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Eine Europäische Verteidigungsunion und eine vom Europäischen Parlament kontrollierte Europäische Armee sind nicht in Sicht. Die Diskussion moderiert **Uta Zapf**, ehem. Bundestagsabgeordnete.

VORANKÜNDIGUNGEN

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Samstag, 25. März 2023
ab 10:00 Uhr
in Frankfurt

Die ASJ lädt alle interessierten Juristinnen und Juristen zu ihrer Mitgliederversammlung ein. Weitere Informationen erhaltet ihr bei:
Patrick Rösch
Tel. 069 299 888 230
patrick.roesch@spd.de

Ordentlicher Bezirksparteitag 2023

Samstag, 6. Mai 2023
Stadthalle Alsfeld
Jahnstraße 14,
36304 Alsfeld

Der SPD-Bezirk Hessen-Süd wird am 6. Mai 2023 zu seinem Ordentlichen Parteitag zusammenkommen. Einer der inhaltlichen Schwerpunkte wird die diesjährige anstehende Landtagswahl sein. Neben der Antragsberatung stehen auch zahlreiche Wahlen u.a. für den Bezirksvorstand auf der Tagesordnung. Weitere Informationen findet Ihr in der kommenden Ausgabe des Vorwärts und zeitnah auf der Website des Bezirks. Bei Fragen wendet Euch bitte an: Christiane Gregor
Tel. 069 299 888 120
christiane.gregor@spd.de



FOTO: PETER JÜLICH

IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd
Herausgeber: Kaweh Mansoori
Redaktion: Christiane Gregor
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069 299888-120